



NIEDERSACHSEN vorwärts

MAI 2010 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

Wulff schickt mehr als die Hälfte seiner Minister nach Hause. Das ist ein Offenbarungseid. Die neuen Leute holt er von außen, weil er in der eigenen Fraktion keine fähigen findet. Landwirtschaftsministerin Grotelüschen hängt beruflich und ehelich mit der Massentierhaltung zusammen – das lässt die Richtung ahnen. Kultusminister Althusmann ist sehr konservativ, Wissenschaftsministerin Wanka stand lange an der Spitze der desolaten CDU Brandenburg. Bleibt noch Sozialministerin Özkan, erste auslandsstämmige Person mit Ministeramt in Deutschland. Wulff überträgt ihr die Integration. Glückwunsch – das könnte passen. Aber Frau Özkan ist nicht nur für Integration zuständig. Altenpflege, Familien- und Jugendpolitik, Krippen, Blindengeld – es liegt viel im Argen. Wie sagte Wulff: Werder Bremen hat Özil nicht geholt, weil er türkischstämmig ist, sondern weil er gut Fußball spielt. Richtig: Wir werden Frau Özkan, Mitglied des nicht gerade für Sozialpolitik bekannten CDU-Wirtschaftsrates, an ihren Taten messen, nicht an ihrer Herkunft.
Euer

Garrelt Duin

Garrelt Duin
Landesvorsitzender

UMDENKEN IN DER GESELLSCHAFT

Am 1. Mai demonstrieren die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für gute Arbeit, gerechte Löhne und einen starken Sozialstaat.

Von Hartmut Meine



Zusammenstehen für gute
Arbeit, sichere Beschäftigung
und gute Tarifverträge

Foto: lopo

IG Metall und Betriebsräte haben maßgeblich dazu beigetragen, Massenentlassungen zu verhindern. Kurzarbeit, Tarifverträge zur Beschäftigungssicherung, Konjunkturprogramme und die Abwrackprämie waren Maßnahmen, für die wir erfolgreich gestritten haben. Damit gibt es für Unternehmen keinen Grund in den Jahren 2010 und 2011 Entlassungen auszusprechen.

Jetzt kommt es darauf an, den Sozialstaat zu sichern und vor Angriffen der FDP und Guido Westerwelles zu schützen. Anstatt Hartz IV-Empfänger zu beschimpfen, müssen die Verursacher der Krise für die Finanzierung der Krisenlasten gerade stehen und für mehr Beschäftigung, Bildung und soziale Sicherheit in die Pflicht genommen werden. In diesem Zusammenhang begrüße ich, dass die SPD ihre Positionen zu den Hartz-Gesetzen teilweise überdacht hat und Veränderungen anstrebt.

Die IG Metall fordert ein grundlegendes Umdenken in der Gesellschaft. Die Wirtschaft muss den Menschen dienen und nicht den Spekulanten. Dem Finanzmarkt müssen endlich klare Grenzen und Regeln aufgezeigt werden. Wir brauchen eine neue, nachhaltige Form des Wirtschaftens mit mehr Mitbestimmung in den Betrieben. Deshalb kämpfen wir für gute Arbeit, sichere Beschäftigung und gute Tarifverträge.

Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich weiter geöffnet. Der Sozialstaat muss die Gerechtigkeitslücke schließen. Es darf nicht sein, dass die Milliardensummen deutscher Steuersünder unbehelligt im Ausland verschwinden und die Kinderarmut im Land steigt. Hohe Einkommen und Erbschaften müssen endlich stärker besteuert werden. Wir streiten für einen Staat, der die Lebensrisiken – Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter,

Fortsetzung auf Seite 2

Im Niedersachsen-vorwärts:
»TiL – Themen im Landtag«
(Mittelteil Seiten 1–4)



Hartmut Meine,
IG Metall-Bezirksleiter

HERAUS ZUM 1. MAI

Zum 1. Mai hat sich im Verbreitungsgebiet des Niedersachsen-vorwärts jede Menge Prominenz angesagt.

In Bremen spricht der GEW-Bundesvorsitzende Uwe Thöne, in Hannover der ver.di-Bundesvorsitzende Frank Bsirske und in Alfeld der Vorsitzende der IG BCE Michael Vassiliades.

Der DGB-Landesvorsitzende Hartmut Tölle spricht in Braunschweig, der IG Metall-Bezirksleiter Hartmut Meine (Foto) in Salzgitter und der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei Dietmar Schiff in Wolfenbüttel.

Der ehemalige Bundesarbeitsminister Olaf Scholz ist Hauptredner in Lehrte, der Europaabgeordnete Bernd Lange in Osterode, der Bundestagsabgeordnete Matthias Miersch ist in Sehnde zu Gast und der Landtagsabgeordnete Stefan Schostok in Hainigsen.

In Wolfsburg spricht Dariusz Dabrowski von der polnischen Gewerkschaft Solidarnosc.



Stephan Weil,
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt
Hannover

Fortsetzung von Seite 1

Pflege – verlässlich absichert und sozialen Aufstieg durch Bildung und Arbeit ermöglicht. Wir lehnen die Kopfpauschale im Gesundheitssystem ab. Sie ist ungerecht und stellt das Solidarprinzip auf den Kopf.

Ebenso fordern wir die Abschaffung der Rente mit 67 und die Wiedereinführung einer geförderten Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt. Die SPD ist gut beraten, ihre Haltung zur verlängerten Lebensarbeitszeit zu überdenken. Seit zwei Jahren wird zwar auf notwen-

dige flexible Ausstiegsmodelle hingewiesen, konkrete Vorschläge gibt's aber nicht. Wir von der IG Metall sagen: Jetzt ist Zeit, Farbe zu bekennen! Die im Gesetzespaket festgeschriebene Überprüfung der Rente mit 67 hat 2010 unter Beteiligung der Gewerkschaften nach klaren und transparenten Regeln zu erfolgen. Die IG Metall fordert eine Sondersitzung des Bundestages. Ideologische und parteipolitische Schaukämpfe zu Lasten der Beschäftigten wird die IG Metall nicht akzeptieren.

Die IG Metall bekämpft jeden Versuch, aus der Krise Kapital zu schlagen. Stattdessen gilt es, soziale Ungerechtigkeit zu beseitigen und Dumpinglöhne und prekäre Beschäftigung energisch zu bekämpfen. In diesem Zusammenhang ist die Einführung von Mindestlöhnen dringlicher denn je. Dazu gehört nicht zuletzt die von rot-grün vorgenommene Lockerung der gesetzlichen Regelungen zur Leiharbeit zurückzunehmen. Die IG Metall sagt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit statt Missbrauch der Leiharbeit. ■

AUFERSTANDEN IM RUINENFELD

Am 6. Mai 1945 machten Sozialdemokraten in Hannover unter Führung Kurt Schumachers den ersten Schritt zur Wiedegründung der SPD.

Von *Stephan Weil*, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover

Als alliierte Truppen am 9. April 1945 in Hannover einmarschieren, ist Kurt Schumacher bei Freunden untergetaucht. Das wird sein Leben gerettet haben, denn die Nazis suchen ihn in Badenstedt, wo er ein Mansardenzimmer bei einer Witwe bezogen hatte. Zwei Tage nach der Befreiung Hannovers setzt die britische Besatzungsmacht zunächst den Sozialdemokraten Gustav Bratke als Oberbürgermeister ein. Am selben Tag konstituiert sich im Rathaus der so genannte »Ausschuss für Wiederaufbau«, um den es zunächst Unstimmigkeiten gegeben hatte. Kommunisten und Zentrum stellen dort die größten Kontingente, was Hannovers Sozialdemokraten nicht hinnehmen können, denn selbst in der Märzwahl 1933 war die SPD die bei weitem stärkste demokratische politische Kraft.

Mit Hilfe von Zeitungsausschnitten gelingt es Sozialdemokraten, die Briten zur Neubewertung des Aufbau-Ausschusses zu bewegen. Vorsitzender wird der Sozialdemokrat und Gewerkschafter Albin Karl. Ob Kurt Schumacher an diesen Vorentscheidungen für eine sozialdemokratische Weichenstellung beteiligt war, ist ebensowenig überliefert wie das von Zeitzeugen mündlich überlieferte Treffen sozialdemokratischer Funktionäre am 19. April 1945.

Dieser Tag ist dennoch für die deutsche Nachkriegs-Sozialdemokratie von enormer Bedeutung, denn Hermann Hasselbring, der Vorsitzende des Wiederaufbauausschusses für den Hannoverschen Stadtteil Linden-Süd, sichert sich jene Räume in der Jakobsstraße 10, die wenig später als »Büro Schumacher« in die Geschichte eingehen.



Kurt Schumacher in seinem Büro Foto: Scholz

Am 29. April 1945 treffen sich etliche Sozialdemokraten in den Räumen der Fröbelschule und hören ein einstündiges Referat des Genossen Dr. Schumacher. Von dieser Impulsrede für den Wiederaufbau der SPD ist leider keine Kopie erhalten, aber sie dürfte sich nur unwesentlich von jener Rede unterscheiden haben, die Kurt Schumacher am 6. Mai 1945 vor 130 Sozialdemokraten im Sitzungssaal des Hannoverschen Polizeipräsidiums hält.

Schumacher plädiert an diesem Tag eindringlich für eine »grundlegende Änderung der politischen Geisteshaltung in Deutschland«. Voraussetzung dafür ist »Demokratie als politisches und

gesellschaftliches Prinzip« und die kann, so Schumacher, nur in einem »demokratischen Parteienstaat funktionieren«. Nichts fürchtet Kurt Schumacher mehr als ein »anarchistisches Durcheinander« und das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus im Bündnis mit Militarismus und Reaktion.

An diesem 6. Mai 1945 macht Kurt Schumacher seinen Führungsanspruch innerhalb der wieder zu gründenden SPD ebenso deutlich wie den Führungsanspruch der Sozialdemokratie in einem vereinten Deutschland. Das beeindruckt die 130 Teilnehmer der Sitzung so sehr, dass sie Kurt Schumacher zum Vorsitzenden des ersten provisorischen fünfköpfigen Parteivorstandes wählen, der einen Tag später zum ersten Mal in der Jakobsstraße 10 tagt.

Auch wenn Kurt Schumacher erst am 15. September 1945 bei der Militärregierung offiziell die Gründung der Bezirksorganisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beantragt, gilt der 6. Mai 1945 zu Recht als Gründungstag der SPD nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus, als Tag, an dem die deutsche Sozialdemokratie auferstanden ist im Hannoverschen Ruinenfeld. ■

Impressum

Herausgeber: SPD Niedersachsen

Verantwortlich: Michael Rüter

Redaktion: Lothar Pollähne,
Sebastian Schumacher

Anschrift: Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover

E-Mail: lopovorwaerts@gmx.de

Layout & Satz: Anette Gilke
mail@AnetteGilke.de

ABSCHIED DURCH DIE VORDERTÜR

Garrelt Duin bleibt wichtig für die SPD / Richtige Antworten auf neue Fragen

Von Bernhard Fokken

Garrelt Duin geht aus freien Stücken, wenn auch widrigen Umständen geschuldet. Er tritt nicht wieder an für seine Ämter als Vorsitzender des SPD-Bezirks Weser-Ems und des SPD-Landesverbandes Niedersachsen. Der 42-Jährige geht durch die Vordertür – durch die er auch zurückkehren wird. Irgendwo, irgendwann, in anderer Funktion.

Viereinhalb Jahre steht Garrelt Duin an der Spitze der Partei in Niedersachsen, deren Einheit ihm als Voraussetzung gilt, die CDU aus dem Sattel zu stoßen. An der Auflösung der vier Bezirke hat er sich die Zähne ausgebissen. Aber für die Einheit hat er viel getan. Als er im November 2005 den Vorsitz übernimmt, steht die SPD noch unter dem Schock des Wahldebakels gegen Wulff und des Machtverlusts. Garrelt Duin bindet Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister wieder in die Politik ein – im Wissen, dass die SPD eine Nabelschnur zu den Kommunen braucht. Auch im Landesvorstand sind die Kommunen wieder vertreten. Ein Kommunkongress im vorigen Herbst erzeugt gar Aufbruchstimmung.

Die Parteibasis kommt wieder zu Wort. Garrelt Duin richtet den Parteirat ein, über den die Unterbezirke regelmäßig an der Landespolitik beteiligt sind. Er beendet auch die Funkstille zwischen SPD und Gewerkschaften.

Die Gesellschaft wandelt sich, die alten sozialdemokratischen Milieus verschwinden. Die SPD braucht Antworten auf neue Fragen, die sie nicht immer findet. Garrelt Duin definiert die SPD als Schutzmacht der Schwachen, aber gleichrangig sieht er sie als politische Heimat für die leistungsstarken, aufstiegswilligen und bildungsorientierten Menschen. Es gefällt ihm nicht, dass viele Handwerksmeister und kleine Unternehmer mit der SPD wenig anfangen können. Das war schon einmal anders. »Wir müssen den Menschen etwas bieten, die morgens früh aufstehen und zur Arbeit gehen, Steuern zahlen, ihre Kinder etwas lernen lassen und die Polizei nur aus dem Tatort kennen«, bringt Garrelt Duin es auf den Punkt.

Mit purer Ideologie sind diese Menschen nicht zu begeistern. Garrelt Duin versucht deshalb, den Schulkrieg zwischen Sozialdemokraten und Konservativen zu beenden, als er anregt, sich auf Gesamtschule und Gymnasium als mögliche Schulformen zu verständigen.



Garrelt Duin besucht während des SPD-Bundesparteitags 2007 einen lebendigen Ortsverein aus seinem Bezirk.

Foto:Lopo

Erfolg hat er damit nicht. Die Frage bleibt ungelöst, eine pragmatische Antwort wird hoher Unterrichtsqualität den Vorrang vor Schulformen einräumen.

Aus Sicht des Autors hat Garrelt Duin nur einen etwas schwerer wiegenden Nachteil: Er hängt dem HSV an. Trotzdem, um im Bild zu bleiben: Er bringt manche scharfe Flanke vors Tor, schlägt gestochene Pässe und macht sich auch als Vollstrecker verdient. Mit ihm scheidet ein Politiker aus der Landespolitik, der das Zeug zum Ministerpräsidenten hat. Er analysiert sicher das politische

Geschehen, denkt strategisch, hat ein Mittelschott in der Nase, kann mit Menschen umgehen, ist ein guter Rhetoriker, wirkt freundlich und souverän – und besitzt einen Vorzug, den nicht alle Politiker haben: Sein Horizont reicht weiter als die Politik. Noch eins: Er schaltet sogar sein Handy gelegentlich aus. Ein Zeichen von Gelassenheit. Er nimmt sich nicht wichtiger als er ist. Gerade das macht ihn wichtig für die SPD. ■

Bernhard Fokken ist freier Journalist aus Leer und beobachtet Garrelt Duin und die SPD seit Jahrzehnten.



Ausgefallenes Fan-Bekennnis: HSV-Fanschal für Garrelt Duin von Markus Brinkmann.

Foto: privat



Legt einstweilen das Steuer aus der Hand. Garrelt Duin mit einem Präsent von Hubertus Heil.

Foto: privat

» Wir müssen den Menschen etwas bieten, die morgens früh aufstehen und zur Arbeit gehen, Steuern zahlen, ihre Kinder etwas lernen lassen und die Polizei nur aus dem Tatort kennen.«

Garrelt Duin

UNSER LAND – UNSERE PARTEI

DIE REGIONALKONFERENZEN AUS UNSERER SICHT:



Der Vorstellungsmarathon ist vorüber. V.l.n.r. Stefan Schostok, Monika Griefahn, Olaf Lies.

»REGIONALKONFERENZEN WAREN EIN VOLLER ERFOLG«

Fairer Umgang und Diskussion in der Sache standen im Vordergrund

Von Olaf Lies

»Mir wird jetzt etwas fehlen« – das war meine erste Reaktion, nachdem ein wenig Ruhe nach den 10 Regionalveranstaltungen quer durch Niedersachsen eingetreten ist. Trotz der normalen Anspannung war jede Veranstaltung ein voller Erfolg und hat zu einer enormen Mobilisierung in der Partei geführt. Dabei standen in den Fragestunden die wichtigen politischen Themen für einen Politikwechsel in Niedersachsen im Vordergrund. Für mich ist der faire Umgang der Kandidaten untereinander ein sehr positives Erlebnis gewesen.

Wir haben gezeigt, dass wir in Personalfragen und in der Sache diskutieren können, ohne uns persönlich anzugreifen. Im Ergebnis zeigt das, dass die Partei vor dieser Form der Personalfindung keine Angst haben muss, sondern damit nur gewinnen kann. Nicht im Hinterzimmer, sondern gemeinsam mit den Genossinnen und Genossen stellt sich die Partei jetzt neu auf. Ich bin überzeugt, dass dies nur der Anfang ist. Wir werden die Form der Beteiligung der Partei weiter ausbauen. Dabei sehe ich auch in den Konferenzen eine wichtige Aufgabe. Die Mitglieder, aber auch die interessierten Bürger sollen in Zukunft zu aktuellen politischen Fragestellungen in die Diskussion mit der Parteispitze eintreten. Daher bin ich überzeugt, dass mir dieser enge Dialog auch in Zukunft nicht fehlen wird. »Wir machen weiter.« ■

»AUFBRUCH IN NIEDERSACHSEN WAR NÖTIG«

Meinungsbildung zur Kandidatenaufstellung ein guter Anfang, der weiter entwickelt werden muss

Von Monika Griefahn

Toll, dass der Landesvorstand nach dem Aufbruch in Dresden in Niedersachsen einen neuen Anfang machen wollte mit dem Beschluss für eine stärkere Zusammenarbeit der Bezirke und Regionalkonferenzen, um einen neuen Landesvorsitzenden zu finden. Und das war nötig nach den herben Niederlagen, die wir bei den letzten Wahlen hatten. Vor allem Frauen haben sich abgewandt sowie junge Menschen. 72 % unserer Mitglieder sind Männer – auch das macht sich in den Diskussionsrunden und in den Ortsvereinen bemerkbar.

Die Partei ist in einem Dilemma: Viele Themen werden inzwischen nicht nur von Grünen und Linken besetzt, sondern auch von der CDU, sei es Arbeit, Klima, Bildung oder Familie. Viel hängt auch mit der Identifikation mit Personen und deren Glaubwürdigkeit ab. Und da bilden wir nicht immer ein geschlossenes Bild.

Die Meinungsbildung zur Kandidatenaufstellung war ein guter Anfang, muss aber weiter entwickelt werden. Nicht überall fuhrn Busse zu Konferenzen, und manch einer muss in dieser arbeitsteiligen Welt auch an Freitagabenden und Samstag arbeiten!

Unsere Partei hat eine lange Geschichte und Tradition, Veränderungen an verkrusteten Strukturen sind daher eine wichtige und richtige Entscheidung. Ich hoffe sehr, dass wir den Aufbruch wirklich schaffen und dann in Niedersachsen mit einer Stimme sprechen. ■

»DIE SPD IN NIEDERSACHSEN LEBT«

Von Stefan Schostok

Die Regionalkonferenzen haben gezeigt, dass die SPD in Niedersachsen lebt. Es war der richtige Schritt, unsere Mitglieder auf breiter Basis an der Suche nach dem neuen Parteivorsitzenden zu beteiligen.

Gleichzeitig war es ein starker Beginn hin zu mehr innerparteilicher Demokratie, wie ich sie für die SPD seit langem wünsche: Mitglieder und Sympathisanten verstärkt in unsere Entscheidungen mit einzubeziehen, um die Partei wieder attraktiv für weite Bevölkerungsgruppen zu machen. Diesen Weg müssen wir jetzt konsequent weitergehen. Nur so werden wir gemeinsam eine neue politische Kultur in Niedersachsen schaffen und Wahlen gewinnen.

Ich freue mich vor allem auch über den fairen Umgang miteinander auf dieser Tour. Monika Griefahn, Olaf Lies und ich – wir haben gezeigt, dass politische Prozesse nicht im Gegeneinander sondern im Miteinander gestaltet werden können. Diese Erkenntnis müssen wir auch in die künftige Arbeit von Landesvorstand und Fraktion mitnehmen. Nur gemeinsam sind wir stark – eine SPD in Niedersachsen.

In diesem Sinne wünsche ich Olaf Lies, dass die Delegierten des Landesparteitages ihn mit großer Mehrheit zum neuen Landesvorsitzenden wählen und er mit Rückenwind und aller Kraft an diese neue Aufgabe herangehen kann. Ich will ihn dabei mit aller mir zur Verfügung stehenden Kraft unterstützen.

Ich danke für das Vertrauen, das die Mitglieder und Besucher der Regionalkonferenzen in mich gesetzt haben. ■

ER IST WIEDER DA!

Ab sofort kann der Niedersachsen-Sozi-Button zum Preis von
1–100 Stück = je 0,50 Euro
ab 100 Stück = je 0,40 Euro



bestellt werden!

Gleich das Bestellformular anfordern per E-Mail: spd-niedersachsen@spd.de oder im Internet www.spd-niedersachsen.de

DIE ERGEBNISSE DER REGIONALKONFERENZEN

Ort	Abgegebene Stimmen	Monika Griefahn	Olaf Lies	Stefan Schostok	Enthaltungen	Ungültig
Göttingen	379	24	69	286	0	0
Aurich	507	25	456	26	0	0
Clausthal-Zellerfeld	202	9	134	59	0	0
Verden	321	72	94	154	1	0
Osnabrück	201	34	115	51	1	1
Cadenberge	148	44	58	44	1	1
Braunschweig	364	41	238	83	1	1
Lüneburg	210	59	88	62	1	0
Wardenburg	225	12	193	19	0	1
Laatzen	618	66	97	453	2	0

RÜCKBLICK AUF EINE AMTSZEIT

Interview mit dem scheidenden Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages Reinhold Robbe

vorwärts: Was war das prägendste Ereignis in Deiner Zeit als Wehrbeauftragter?

Reinhold Robbe: Vor allem jene Tage meiner Amtszeit, an denen ich vor den Särgen von gefallenen Soldaten stand. Diese Tage zählen für mich zu den einsamsten meiner politischen Laufbahn. Diese unmittelbare Konfrontation mit Verwundung und Tod ist nicht spurlos an mir vorüber gegangen. Das hat sicher dazu beigetragen, dass ich gut nachvollziehen kann, wenn mir unsere Soldatinnen und Soldaten sagen, dass sie sich mehr menschliche Zuwendung durch unsere Gesellschaft wünschen.

Wie schätzt Du die aktuelle Situation der Bundeswehr ein und wo siehst Du die größten Herausforderungen in den nächsten Jahren?

Ich sehe nach wie vor ein großes Problem in der Tatsache, dass die Bundeswehr mit Beginn der Transformation keine Anschubfinanzierung erhalten hat. Deshalb sind unsere Streitkräfte in großen Bereichen chronisch unterfinanziert. Und dieses Problem schiebt die Bundeswehr seit Jahren vor sich her. Die Auswirkungen spüren die Soldaten jeden Tag in allen Lebens- und Arbeitsbereichen: zu wenig Planstellen, zum Teil erhebliche Ausbildungsdefizite, veraltetes Gerät, und keine überzeugenden Antworten auf die Rekrutierungsprobleme in der Zukunft.

Du hast als Wehrbeauftragter immer wieder für mehr Rückendeckung für unsere Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz geworben. Woran liegt nach

Deiner Meinung das »freundliche Desinteresse« der Bevölkerung?

Nach meiner Wahrnehmung sind die breiten Schichten unserer Gesellschaft nicht ausreichend informiert über die Lebenssituation der Soldaten, die sich im Einsatz befinden. Ich werde immer wieder konfrontiert mit der irrigen Annahme, unsere Soldaten würden ja freiwillig in die Einsätze gehen, deshalb seien sie auch für sich selber verantwortlich. Außerdem würden sie ja gut verdienen und seien bestens sozial abgesichert. Und wenn ich diesen Leuten dann erkläre, wie die Wirklichkeit aussieht, blicke ich nicht selten in erstaunte und betroffene Gesichter. Denn die wenigsten in unserem Land wissen, dass kein Soldat freiwillig in einen Auslandseinsatz geht. Nur wenigen ist bekannt, dass die überwiegende Zahl der Soldatinnen und Soldaten zu den unteren Einkommensgruppen zählen und oft mit einer schweren körperlichen oder seelischen Verwundung aus dem Einsatz nach Hause kommen. Und noch weniger wissen, was es bedeutet, wenn der Ehemann, Vater, Sohn, Lebensgefährte oder Freund im Auslandseinsatz gefallen ist und im Sarg nach Hause zurückkehrt. Ich plädiere für einen ehrlichen und offenen Umgang mit diesen Realitäten und für mehr Solidarität mit den Frauen und Männern, die vom Deutschen Bundestag in die Einsätze geschickt werden.

Über die Parteigrenzen hinaus hast du Dir als Wehrbeauftragter einen sehr



guten Ruf erarbeitet. Bleibst Du der Bundeswehr und der Sicherheitspolitik in der einen oder anderen Form erhalten?

Ich will mich künftig gern ehrenamtlich weiterhin um die notwendige gesellschaftliche Integration der Soldatinnen und Soldaten kümmern. Gerade wir Sozialdemokraten genießen dank Leuten wie Fritz Erler, Helmut Schmidt, Georg Leber und Peter Struck noch heute bei vielen Soldaten ein hohes Ansehen. Darauf sollten wir bauen. Wenn wir uns die Welt realistisch anschauen, dann können wir ganz schnell erkennen, wie dringend die internationale Sozialdemokratie und die SPD als klassische Friedenspartei wie unter Willy Brandt gebraucht wird, um mit den gewaltigen Problemen unserer Zeit klar zu kommen. ■

Truppenbesuch in Visselhövede: Lars Klingbeil MdB, (links), mit dem scheidenden Wehrbeauftragten Reinhold Robbe (2. v. l.)

JUSO-BILDUNGSMARATHON IN SPRINGE AM START

Am 10. und 11. April starteten die Jusos in Springe ihren diesjährigen Bildungsmarathon mit einem Grundlagenseminar über die Geschichte, die Werte und die Ideen der sozialistischen Bewegung.

Dabei richtete sich das Seminar sowohl an neue Mitglieder, als auch an alte Hasen, die ihre Kenntnisse noch einmal auffrischen oder einfach ein spannendes Wochenende unter GenossInnen erleben wollten. Anhand der eigenen Gerechtigkeitsempfindungen und im Planspiel wurden den TeilnehmerInnen Wirkungsweisen und Kritik am Kapitalismus näher gebracht und aufgezeigt, warum der Kapitalismus soziale Ungerechtigkeit produziert und durch den demokratischen Sozialismus abgelöst werden muss.

Am Abend folgte dann ein gemeinsamer Liederabend, bei dem neben

»Klassikern« wie Bella Ciao auch einige Lieder gesungen wurden, die den meisten GenossInnen bisher unbekannt waren.

Am Sonntag wandte man sich dann aber auch anderen typisch jungsozialistischen Themen zu. So beschäftigte man sich in zufällig zusammengesetzten Arbeitsgruppen mit den Themen Internationalismus und Feminismus, sodass die TeilnehmerInnen sich auch mit Themen auseinandersetzen mussten, zu denen sie bisher wenig Kontakt hatten. Alles in allem war es also ein äußerst gut besuchtes und erfolgreiches Seminar. Das nächste Mal werden die Jusos sich in Wolfsburg mit dem Thema »Bildung« beschäftigen – also, liebe Jusos, behaltet euer Postfach im Auge. Eine Einladung kommt bestimmt. ■

SPD STARTET FOTOWETTBEWERB

Ab sofort sind ein gutes Auge, eine ruhige Hand und Einsatz für das Land gefragt: Die SPD Niedersachsen hat den Fotowettbewerb »Dein Bild von Niedersachsen« gestartet. Im Internet können bis zum 12. Mai 2010 Fotos aus und von Niedersachsen in einem einfachen Verfahren hochgeladen und bewertet werden. Den sechs bestplatzierten Fotografinnen und Fotografen winken ein Gewinn von 100 Euro und eine Einladung zum SPD-Landesparteitag am 29. Mai in Stade. Dort werden die Siegerfotos im Rahmen einer kleinen Ausstellung den Besuchern und Delegierten präsentiert.

Die Bilddatenbank zum Hochladen der Niedersachsen-Bilder ist unter dem Link <http://images.spd-cms.de> zu erreichen. Wer sein Foto per Email an den Landesverband versenden möchte, benutzt bitte die Adresse foto@spd-niedersachsen.de oder per Post an: SPD-Landesverband Niedersachsen, Stichwort: »Dein Bild von Niedersachsen«, Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover.

Alle weiteren Informationen und die Teilnahmebedingungen finden sich auf der Homepage des SPD-Landesverbandes unter spdlink.de/foto

Alternativ kann das Bild per Post oder per E-Mail an den SPD-Landesverband Niedersachsen geschickt werden. Der Landesverband stellt die Fotos dann zur Bewertung in die Bilddatenbank. ■



Matthias Groote, MdEP

EUROPA »LEBT« DIGITAL

Durch soziale Medien kann eine neue Nähe zu Bürgerinnen und Bürgern entstehen. Die EU ist darauf vorbereitet.

Von Matthias Groote, MdEP

Für mehr als 60 Prozent der Menschen ist der erste Handgriff morgens bei der Arbeit den Computer einzuschalten. Fernab von der so genannten »digitalen Bohème« nehmen die Computernutzung, die elektronische Datenverarbeitung und die ständige Erreichbarkeit permanent zu. Die »digitale Gesellschaft« ist keine Zukunftsmusik, sie ist bereits Gegenwart. Trotzdem denken wir beim Thema Internet viel zu sehr darüber nach, was wir sperren, verbieten oder sonst regeln können. Die Chancen, die sich für jeden einzelnen, aber auch für Wirtschaft und Gesellschaft durch das Internet ergeben, übersehen wir oft. Das Internet verändert unsere Kommunikation, unseren Alltag und unser Zusammenleben. Wie kann also eine digitale Gesellschaft aussehen,



Foto: Anette Gilke

in der wir gemeinsam leben und arbeiten wollen.

Der digitale Raum ist Teil unserer Gesellschaft, das bedeutet, die Grundwerte der Sozialdemokratie gelten auch im Internet weiter. Wir wollen ein demokratisches Internet, in dem jeder seine Meinung äußern darf und kann. Das Internet ist das demokratischste Medium – bisher. Wesentliche Voraussetzung ist dafür Netzneutralität, die gewährleistet, dass alle Nutzer, alle Datenpakete und Programme zunächst einmal gleich behandelt werden. Einige Unternehmen wollen den Nutzern nun vorschreiben, welche Programme sie benutzen dürfen oder für bestimmte Leistungen abkassieren. Das müssen wir verhindern – Freiheit und Gleichheit gelten auch im Internet.

Gerechtigkeit und Solidarität im Internet zu organisieren bedeutet vor allem, Teilhabe zu organisieren. Solidarität heißt auch, all die mitzunehmen, die nicht mit einem Smartphone in der Hand geboren wurden. Der zentrale Schlüssel hierzu ist Bildung und zwar in Form von lebenslangem Lernen. Schulen, Universitäten und Volkshochschulen müssen entsprechend ausgestattet werden und diesen Auftrag annehmen. Medienkompetenz muss einen besonderen Stellenwert im Lehrplan unserer Schulen haben.

Europa hat die Bedeutung des Internets für die Gesellschaft erkannt und mit einer eigenen Kommissarin für die »Digitale Agenda« reagiert. Neelie Kroes kümmert sich um die bessere Breitbandanbindung, um Medienkompetenz und um die Schaffung eines digitalen Marktes in Europa. Auch die europäische Bürgerinitiative, die durch den

Vertrag von Lissabon möglich geworden ist, wird online für Unterstützer werben können.

Die Arbeitswelt verändert sich mit dem Internet. Wie können wir flexible und mobile Arbeit mit einem hohen Maß an Sicherheit verbinden? Wie können wir Unternehmen und Menschen unterstützen, mit dem Internet besser zu arbeiten? Einige Unternehmen machen bereits gute Erfahrungen zum Beispiel mit kollaborativen Arbeitsmethoden im Internet. Nutzen wir die Chancen, so dass Menschen zufriedener, effektiver arbeiten können – ein Vorteil für Unternehmen wie Arbeitnehmer. Auch für die Politik, für Verwaltung und Parteien bietet das Internet neue Möglichkeiten. Durch die sozialen Medien kann eine neue Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern entstehen. So genannte elektronische Beteiligungsverfahren erleichtern die Beteiligung an Politik und Verwaltungsentscheidungen, wie etwa das Anwendungsbeispiel www.fixmystreet.com demonstriert.

Die SPD arbeitet auf vielen Ebenen daran, Antworten auf diese Fragen zu formulieren, vom engagierten Ortsverein, über regionale Netz-AGs bis hin zum Parteivorstand, der mit dem Gesprächskreis Netzpolitik ein bundesweites Forum geschaffen hat.

Natürlich dürfen wir bei all den Chancen die Risiken nicht außen vor lassen. Datenschutz, Verbrechensbekämpfung und Urheberrecht sind wichtige Themen, ohne die eine »Digitale Agenda« nicht zu denken ist. Chancen und Risiken des Internets sind zwei Seiten einer Medaille – wer nur eine sehen will, verkürzt die Perspektiven unnötig. ■

SPD-NIEDERSACHSEN-NEWSLETTER

Landesverband Niedersachsen
Arbeit. Zukunft. Niedersachsen.

Die Menschen
gemeinsam

Editorial

Hallo Anette,

heute und morgen finden die beiden letzten Regional-Konferenzen in Aurich und in Göttingen statt. Die Diskussionen und Themen, die wir bisher bei den Regional-Konferenzen erlebt haben, machen eines ganz deutlich:

In ganz Niedersachsen erleben wir, wie schlecht unser Land regiert wird. Die Situation an den Schulen und Hochschulen ist kaum noch zu ertragen, wirtschaftlich werden keine Impulse gesetzt, die Kommunen werden finanziell an den Rand des Kollaps gedrängt und die Wiederkehr des Atom-Wahnsinn besorgt die Menschen. Diese Sorgen, aber auch Ideen und Impulse, wie dieser Stillstand überwunden werden kann, bewegen unsere Partei in allen Regionen des Landes. Wir sind entschlossen und motiviert, diesen Zustand des Nicht-Regierens zu überwinden.

Die Etappen, um den Politikwechsel in Niedersachsen einzuleiten, sind klar beschrieben: Am 23. April wird der Landesvorstand das Meinungsbild der Regional-Konferenzen diskutieren, die Leittruppe für den Landespartitag und seinen Vorschlag für die Neuaufstellung beraten. Der Landespartitag am 29. Mai wird dann der Startschuss für den Politikwechsel in Niedersachsen werden. Schon jetzt steht fest: Wir Mitglieder, die drei Kandidatinnen für den Landesvorstand und die Partei in Niedersachsen haben sehr Kraft und Energie für den Politikwechsel in Niedersachsen erwiesen – und das ist auch gut so!

Seit der 10-Gründe-Affäre und dem Ministergesetz, läßt die Angst vor weiteren Fehlern die Landesregierung. Dieses Wogucken schadet aber nicht nur den Eltern und Schülern im Land, die allein gelassen werden und den Unternehmen, die sich mit dem neuen Außenminister Bode herumärgern müssen; es schadet auch dem politischen Führungsanspruch eines großen und starken Landes, wie es Niedersachsen ist. In Berlin tragen ein Trüch, Carstenzen und Meß-Stüttgen die Interessen ihrer Länder vor und kündigen auch mal Widerstand im Bundesrat gegen die vielen Unsinnentscheidungen an, die CDU und FDP auf Länder und Kommunen niederschlagen lassen – auch wenn sie natürlich hinterher einnickeln. Schleswig-Holstein hat sich mit seinem Widerstand gegen das Notstandsentscheidungssetz immerhin einige Millionen Euro für die Landeskasse gesichert, während Wulf und Bode im Bundesrat brav den Arm gehoben haben.

Die Quittung für dieses kritiklose Verhalten zahlen jetzt die Kommunen und die Menschen in Niedersachsen. Wulf traut sich nichts zu. Er sagt von sich, er sei kein Alpha-Tier und da hat er Recht. Sein politischer Herbst ist angebrochen. „Angst macht den Alten laufen“, lautet ein weises Sprichwort. Auf das ängstliche Regieren von Wulf bezogen kann man nur sagen: Leider hat der Volkstunnd dieses Mal unrecht.

mit freundlichen Grüßen

Michael Rüter
Landesgeschäftsführer der SPD Niedersachsen

P.S.: Der angelegene Fotowettbewerb braucht auch Eure Bilder. Mitmachen, knipsen, hochladen! Weitere Details hierzu lest Ihr in diesem Newsletter.

J. R.

- **Das Schlaglicht: Wulf lenkt von Problemen ab**
- **PKM-Maut überlaglich fragwürdig und sozial ungerecht** | Bundespolitik
- **SPD-Bundestagsfraktion will Leiharbeiter strenger regulieren** | Bundespolitik
- **Landesregierung muss für schnelle Sanierung der ZVA Hannover sorgen!** | Landespolitik
- **SPD-Fraktion schlägt sechsjährige Wahlperiode in Kommunen vor** | Landespolitik
- **Politisch motivierte Gewalt darf keine Akzeptanz finden** | Landespolitik
- **Olaf Scholz bei Betriebsrat- und Gewerkschaftskonferenz in Boltau** | Aus den Bezirken
- **„Dein Bild von Niedersachsen“** | Parteilieben

Das Schlaglicht: Wulf lenkt von Problemen ab

Die Regierung Wulf setzt abwegige Gedanken in die Welt, um von ihren Problemen abzulenken. Doch dieser Trick ist so alt wie schlecht. Statt alles dafür zu tun, die Städte und Gemeinden vor dem finanziellen K.o. zu bewahren, will Wulf im Verein mit Innenminister Schünemann die Stichwahl bei Bürgermeister- und Landratswahlen abschaffen.

Die Begründung: Die Wahlbeteiligung sei bei Stichwahlen stets gering.

[Artikel hier weiterlesen](#)

Der SPD-Landesverband Niedersachsen gibt bereits seit mehr als neun Jahren einen kostenfreien Newsletter heraus, der vor allem über landespolitische, niedersachsenaktuelle Themen und Termine informiert und in zweiwöchigem Rhythmus erscheint. Die einfache Anmeldung erfolgt zur eigenen Sicherheit nach dem so genannten »Double Opt-In Prinzip«. Das heißt, dass nach Übermittlung der E-Mail-Adresse zunächst eine E-Mail an die eingetragene Adresse geschickt wird. Hierin befindet sich ein Bestätigungslink, auf den geklickt werden muss, um das Abonnement zu aktivieren. Dieses Verfahren schließt aus, dass Dritte missbräuchlich, gegen den eigenen Willen als Abonnent angemeldet werden.

Jetzt eintragen: www.spdnds.de/meta/newsletter.php

»WEG DAMIT AUS DEM ZEITSCHRIFTENREGAL«

Das neue Magazin »Zuerst« verbreitet rechtsextremes Gedankengut.

Von Kirsten Lühmann

Seit Anfang des Jahres steht das rechts-extreme Magazin »Zuerst!« in den Regalen des Zeitschriftenhandels und wird dort neben STERN, FOCUS oder SPIEGEL zum Kauf angeboten. Es kommt daher als Wolf im Schafspelz – professionell aufgemacht in der Form eines modernen Nachrichtenmagazins erweckt es den Anschein von Seriosität.

Tatsächlich aber enthält die Zeitschrift aufwiegende, ausländer- und demokratiefeindliche Texte übelster Art – Rassismus und Nationalismus ziehen sich wie ein roter Faden durch die Beiträge. Verleger ist der ausgewiesene Neonazi Dietmar Munier, der seit Jahren im extrem rechten Verlagswesen eine Scharnierfunktion zum organisierten Neofaschismus einnimmt.

Vertrieben wird »Zuerst!« durch die Firma »Verlagsunion«, eine Tochterfirma

der Bauer Media Group, die u.a. das Jugendmagazin BRAVO, TV Hören und Sehen und Das Neue Blatt vertreibt. Die Verlagsunion stört die inhaltliche Ausrichtung des Magazins nicht – eine Sprecherin erklärte der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, man zensiere nicht die Produkte anderer Verlage, man organisiere lediglich den Vertrieb des Heftes.

Verfassungsschützer aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein sehen »Zuerst!« auf einer schmalen Grenze zwischen Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus und stufen es als Versuch ein, neue Anhänger zu gewinnen. Experten wie der Berliner Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke, bescheinigen dem Blatt »gute Chancen«, sich auf dem Markt zu etablieren.

Insofern ist es unverantwortlich, dass

z.B. junge Menschen, die ihren Platz in unserer demokratischen Gesellschaft noch suchen, solche Machwerke wie »Zuerst!« ohne entsprechende Warnung erwerben können. Juristisch gesehen ist der Verkauf der Zeitschrift zwar nicht verboten. Meines Erachtens dürfen wir aber auch nicht einfach tatenlos zusehen.

Vermutlich wissen viele Zeitschriftenhändler gar nicht, dass das Heft rechtsextreme Inhalte transportiert. Wer »Zuerst!« bei einem Händler entdeckt, sollte ihn deshalb aufklären und auffordern, das Magazin aus der Verkaufsauslage zu entfernen. Ein gezielter Hinweis zeigt Wirkung – das weiß ich aus eigener Erfahrung. Eine renommierte Buchhandlung in meinem Wahlkreis hat das Heft nach dem entsprechenden Hinweis aus dem Regal genommen. ■



Die Bundestagsabgeordnete Kirsten Lühmann aus dem Wahlkreis Celle/Uelzen ist seit langem eine aufmerksame Beobachterin des rechten Randes.

VORWÄRTS
RÄTSEL

»Plötzlich kamen auf allen Bahnhöfen der Stadt, mit jedem Zug bei Tag und Nacht aus allen Reichen und Ländern Menschen gefahren, westliche, östliche, russische, türkische Juden, aus allen Provinzen und kleinen Städten stürmten sie plötzlich herbei, den Schreck der Nachricht noch im Gesicht; niemals spürte man deutlicher, was früher das Geströhre und Gerede unsichtbar gemacht, dass es der Führer einer großen Bewegung war, der hier zu Grabe getragen wurde.« Mit dieser Einschätzung sollte Stefan Zweig auf schreckliche Weise Recht behalten. Als er am 3. Juli 1904 zu Grabe getragen wird, sind gerade zehn Jahre seit der Dreyfus-Affäre vergangen. Den Schauprozess gegen den jüdischen Offizier der französischen Armee verfolgt er als Korrespondent der Wiener »Neuen Freien Presse«. Da nimmt seine Idee eines eigenständigen jüdischen Staates Gestalt an. Seine 1896 erschienene Schrift »Der Judenstaat« wird zur Initialzündung für den politischen Zionismus. Ein Jahr nach der Veröffentlichung richtet er in Basel den ersten Zionistischen Weltkongress aus, in dessen Verlauf die Zionistische Weltorganisation gegründet wird, deren erster Präsident er wird. Geboren wurde der Vordenker des Staates Israel am 2. Mai 1860 in Pest in Ungarn. 1949 wurde er auf einem nach ihm benannten Berg westlich von Jerusalem beigesetzt. Wer wars? Zu gewinnen gibt es sein Hauptwerk. ■ lopo

Die Lösung bitte an den vorwärts, Odeonstr. 15/16, 30159 Hannover

Im April war Jean Paul Sartre gesucht. Gewonnen hat Jürgen Rohde aus Otterndorf

JETZT MIT VOLLDAMPF
UNTERSCHRIFTEN SAMMELN

Landesweiter Aktionstag am 8. Mai 2010 für das »Volksbegehren für gute Schulen«

Von Nils Johannsen, GEW-Sekretär, Hannover



Der SPD-Unterbezirk Hannover rief im Januar '10 die Woche des Volksbegehrens aus und gab den Startschuss für die Ortsvereine, sich intensiv um das Volksbegehren zu kümmern. Mittlerweile ist das Volksbegehren bekannter geworden. Öffentliche Informationsveranstaltungen zu diesem Thema sind geplant oder haben bereits stattgefunden. Auf den Regionalversammlungen wurden Unterschriften gesammelt, auf Marktplätzen wurden Stände aufgebaut – und trotzdem ist die Aufklärungsarbeit noch nicht abgeschlossen und muss weiter vorangetrieben werden. Niedersachsen ist ein Flächenland, dieser Umstand ist regional nicht zu unterschätzen. Geduld und Ausdauer sind gefragt.

Wer sammelt?

Elternnetzwerke, Gewerkschaften, Parteien ziehen mit dem Volksbegehren an einem Strang. Schulträger wollen selber entscheiden, welche Schulformen sie vor Ort und zu welchen Bedingungen anbieten wollen. Bei Neugründungen von Gesamtschulen in der Fläche muss die Abschaffung der 5-Zügigkeit vorangetrieben werden, um kleinere Gesamtschulen mit einer 3- oder 4-Zügigkeit zu ermöglichen.

Aktionstag für das Volksbegehren am 8. Mai 2010

Am Samstag, 8. Mai soll in Niedersachsen ein landesweiter Aktionstag für das Volksbegehren stattfinden, um es in der

Öffentlichkeit weiter zu promoten und um weitere Unterschriften zu sammeln. Alle SPD-Untergliederungen können sich an diesem Tag z.B. mit anderen Aktionsgruppen vor Ort zusammensetzen, um Aktionen zu planen und durchzuführen. Auf dem 2. Niedersächsischen Netzwerktag des Volksbegehrens sind schon konkrete Maßnahmen vorgestellt worden.

Wo kann gesammelt werden?

Wichtig ist, die große Zahl von 608.731 rechtsgültigen Unterschriften dezentral in überschaubare Einheiten zu »zerlegen«. Jeder SPD-Ortsverein und jeder SPD-Unterbezirk, jede Schule, jede Klasse, jede Elternvertretung, jede regionale

Wichtig für die weitere Aktivierung der SPD-Mitglieder ist die Versendung eines Mitgliederrundschreibens, in dem alle Mitglieder z.B. 10 Unterschriften sammeln könnten. Nicht auszudenken, wenn 65.000 Mitglieder in Niedersachsen diese Chance auch nutzen würden!

Netzwerke nutzen

Verschiedene Netzwerke sorgen dafür, dass die Informationen und Materialien des Volksbegehrens in die Fläche Niedersachsens getragen werden. Wichtig ist die Vernetzung von Aktivisten, Sammlern und Unterstützern vor Ort. Wer Kontakte vor Ort benötigt, kann sich an die Organisatoren des Volksbegehrens wenden.



Christoph Matterede übergibt GEW-Sekretär Nils Johannsen die nächsten 20.000 Aufkleber.

Aktionsgruppe sollte sich anhand ihrer Größe überlegen, wie viel Unterschriften sie in einem bestimmten Zeitraum sammeln könnte. Die Summe der Einzelergebnisse trägt zum Gelingen des Volksbegehrens bei.

Überall kann gesammelt werden:

- im Familien- und Freundeskreis, in der Nachbarschaft,
- auf der Straße, beim Bäcker um die Ecke, vor dem Supermarkt,
- im Sportverein
- bei Ständen in der Innenstadt, auf Wochenmärkten.
- in allen Schulformen (Elternabende, Elternsprechtage, Tage der offenen Türen von Schulen usw.)
- in den Betrieben.

Materialien ordern

Im Vorfeld des Starts des Volksbegehrens sind verschiedene Materialien von den Organisatoren erstellt worden, die in gedruckter Form bestellt werden können: www.volksbegehren-schulen.de oder E-Mail: gew.hannover@t-online.de

Wenn alle gemeinsam in den nächsten Monaten diese Anstrengung des Sammelns und die Einbindung von weiteren Multiplikatoren vorantreiben, können wir die herrschende niedersächsische Bildungspolitik verändern! Das Volksbegehren ist der politische Ausdruck der direkten Demokratie von Bürgerinnen und Bürgern! Lasst uns mit Volldampf gemeinsam weiter sammeln! ■